dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 36 **25. September 2014**

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

9. dbb Medienkonferenz: Öffentlich-Rechtliche und junges Publikum +++
Innenausschuss: Mehr Geld für Bundesbeamte+++
Leistungen in der Pflegeversicherung sollen ausgeweitet werden – Mit „Strategie der kleinen Schritte“ wurde aber eine Chance vertan+++
Besetzung von Führungspositionen: Förderprogramme für Frauen ausbauen+++
Konkurrierende Gewerkschaften sollten Normalität sein+++
Weg frei für Überleitung in kommunalen Nahverkehr – dbb dankt Beschäftigten und lobt Beispielwirkung+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt: Beamtenprotest gegen Kürzungspläne+++
Personalmangel und EDV-Umstellungen verursachen lange Bearbeitungszeiten+++
FWSV wählt Egon Höfling zum neuen Bundesvorsitzenden+++
Bildung muss aus Freihandelsabkommen raus+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

9. dbb Medienkonferenz: Öffentlich-Rechtliche und junges Publikum

(dbb) Mitte Oktober 2014 sollen die Ministerpräsidenten der Länder über ein multimediales Jugendangebot von ARD und ZDF entscheiden. Die Debatte über diesen neuen öffentlich-rechtlichen Jugendkanal dauert seit Jahren an. Im Rahmen seiner 9. Medienkonferenz lädt der dbb beamtenbund und tarifunion am 16. Oktober 2014 ab 16:00 Uhr zu einer öffentlichen Veranstaltung in das dbb forum berlin ein, bei der vor allem die Frage „In der ersten Reihe? Die Öffentlich-Rechtlichen und das junge Publikum" diskutiert werden soll.

Zu Einführungsvorträgen wird der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt den ARD-Vorsitzenden Lutz Marmor („Die ARD: In der Region verankert, in der Welt zu Hause") und Prof. Dr. Helmut Thoma, ehemaliger RTL-Geschäftsführer und jetzt Chef von NRW-TV („Ohne Jugend keine Zukunft - droht beim TV der Generationenabriss?") begrüßen.

In der anschließenden Diskussionsrunde soll es um „Die Öffentlich-Rechtlichen und das junge Publikum" geben. Neben Lutz Marmor und Helmut Thoma kommen aufs Podium: Marcus Weinberg, Familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claus Grewenig, Geschäftsführer des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien e. V.), Dr. Walter Klingler, Leiter der Medienforschung des SWR, Dr. Simone Emmelius, Leiterin von ZDFneo, sowie Sandra Kothe, Vorsitzende der dbb jugend. Moderieren wird der NDR-Medienjournalist Steffen Grimberg.

Die öffentliche Veranstaltung ist Auftakt und Höhepunkt der zweitägigen 9. Medienkonferenz. Die Tagung soll vor allem den vom dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften entsandten Rundfunkräten in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und den Vertretern bei den Landesmedienanstalten Gelegenheit geben, aktuelle medienpolitische Themen zu diskutieren, Kontakte zu knüpfen und den Informationsaustausch voranzubringen. Darüber hinaus ist die dbb Medienkonferenz inzwischen auch zum Diskussionsforum für andere medienpolitisch Interessierte geworden, unter ihnen viele Journalisten.

Der zweite Konferenztag (17. Oktober) ist einer Klausur der dbb-Rundfunk-und Medienräte vorbehalten. Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats, wird zum Thema „Karlsruhe und die Folgen - Gremienarbeit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ZDF-Staatsvertrag" sprechen und mit den Gremienvertretern diskutieren.

Mehr Informationen und die Einladung als PDF finden Sie auf www.dbb.de.
(01/36/14)

Innenausschuss: Mehr Geld für Bundesbeamte

(dbb) Zustimmung aus allen Fraktionen gab es am 24.September 2014 im Innenausschuss des Bundestags für das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2014/2015 (BBVAnpG 2014/2015), das die Bundesregierung im Entwurf vorgelegt hat. Danach sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge in zwei Schritten linear angehoben werden, rückwirkend zum 1. März 2014 um 2,8 Prozent und zum 1. März 2015 um 2,2 Prozent. Für die Erhöhung der Grundgehälter soll ein Mindestbetrag von 90 Euro gelten. Er führt bei Grundgehältern unter 3.000 Euro zu einer prozentualen Anpassung oberhalb des linearen Erhöhungswertes.

Mit der Besoldungs- und Versorgungsanpassung sollen die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bund unter Berücksichtigung des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes vom 1. April 2014 an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepasst werden. Der Tarifabschluss sieht eine Entgelterhöhung um drei Prozent, mindestens aber um 90 Euro zum 1. März dieses Jahres sowie um weitere 2,4 Prozent zum 1. März 2015 vor. Bei den Beamten werden dem Gesetzentwurf zufolge die Erhöhungen jeweils um

0,2 Prozentpunkte vermindert, die der Versorgungsrücklage zugeführt werden.

Die Anwärtergrundbeträge sollen sich laut Vorlage entsprechend dem Ergebnis der Tarifverhandlungen in einem ersten Schritt rückwirkend zum 1. März 2014 um 40 Euro erhöhen und in einem zweiten Schritt zum 1. März kommenden Jahres um 20 Euro.
Der dbb wertet die zügige Umsetzung des Gesetzes als 'Zeichen der Wertschätzung' des Dienstherrn Bund für seine Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und betrachtet die durchgehend zeit- und inhaltsgleiche Umsetzung des Tarifabschlusses vom April 2014 auch angesichts des gegenwärtigen Auseinanderdriftens der Besoldung in den Ländern und im Verhältnis zum Bund als ein 'wichtiges Signal'.
Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra: 'Insgesamt wird mit dem Gesetzentwurf an dem bewährten Gleichklang der Statusgruppen festgehalten und gewährleistet, dass Tarifbeschäftigte und Beamte auf Bundesebene an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in gleicher Weise teilhaben.'

Nach der Beratung in den Ausschüssen wird der Gesetzentwurf nun dem Bundestag zur abschließenden Beschlussfassung zugeleitet, der Bundesrat hat keine Einwendungen erhoben.

Die Bundesbeamtinnen und -beamten haben bereits auf Grundlage des entsprechenden Kabinettsbeschlusses im Mai 2014 entsprechende Abschlagszahlungen erhalten.
Die aktuelle Besoldungstabelle des Bundes steht zum Download unter http://www.dbb.de/service/entgelttabellen-und-beamtenbesoldung.html bereit.
(02/36/14)

Leistungen in der Pflegeversicherung sollen ausgeweitet werden – Mit „Strategie der kleinen Schritte“ wurde aber eine Chance vertan

(dbb) Dass die Leistungen in der Pflegeversicherung ausgeweitet werden sollen, hat der dbb als „grundsätzlich richtig und wichtig“ bezeichnet. „Allerdings ist unverständlich, weshalb der Gesetzgeber die so dringend erforderliche Pflegereform in kleinen Teilstücken serviert“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf eines 5. SGB XI-Änderungsgesetzes (Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds) am 24. September 2014 in Berlin. „Ohne eine zeitgleiche und abgestimmte Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und die damit verbundene neue Systematik der Einstufung in so genannte Bedarfsgrade sind Probleme bei der späteren Überführung in das neue System nahezu unumgänglich. Die Chance auf eine runde Sache ist vertan“, sagte der dbb Vize.

Der dbb begrüße einen großen Teil der zum 1. Januar 2015 in Kraft tretenden Regelungen – so die leichter zugänglichen Entlastungsangebote für pflegende Angehörige, die Ausweitung des Kreises von Anspruchsberechtigten, flexiblere und leichter kombinierbare Angebote sowie die stärkere Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Die Anhebung des Beitragssatzes um 0,3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2015 bezeichnete Silberbach als „moderat“. Der dbb trage dies auch vor dem Hintergrund mit, dass eine Anpassung der Pflegeversicherungsleistungen an die allgemeine Preisentwicklung überfällig gewesen sei.

„Die ebenfalls vorgesehene Einrichtung eines Pflegevorsorgefonds begrüßen wir“, sagte Silberbach, „auch wenn der Zug eigentlich schon fast abgefahren ist, weil die Politik die vom dbb geforderte Teilkapitaldeckung in der sozialen Pflegeversicherung viel früher hätte in Angriff nehmen müssen“.
(03/36/14)

Besetzung von Führungspositionen: Förderprogramme für Frauen ausbauen

(dbb) Um mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen, setzt sich der dbb für eine gendergerechte Personalpolitik und eine gezielten Förderung durch Mentoring- oder Coaching-Programme ein. Das hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann bei einer Gesprächsrunde mit Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas am 24. September 2014 in Berlin deutlich gemacht. „Der Anteil von Frauen in Führungspositionen liegt im öffentlichen Dienst zwar über dem in der Privatwirtschaft", sagte Hollmann. „Doch auch hier gilt nach wie vor: Je höher die Führungsebene, desto weniger Frauen."

Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden habe im Jahr 2013 bei etwa 25 Prozent gelegen, erklärte Hollmann. Daher begrüße der dbb grundsätzlich den Entwurf für ein „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst". Damit sollen drei Ziele umgesetzt werden: Eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent in Aufsichtsräten, die Verpflichtung zur Festlegung von Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteil in Aufsichtsräten, Vorständen und oberen Managementebenen sowie eine Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes. Für eine umfassende Stellungnahme zu den einzelnen Vorhaben wolle man aber erst intensive Gespräche mit den entsprechenden Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb führen.

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, fordert mit Blick auf das Gesetzesvorhaben: „Eine weitere wichtige Maßnahme ist, Führungsaufgaben so auszugestalten, dass sie auch in Teilzeit übernommen werden können. Zwar stehen dem bereits heute keine Regelungen entgegen, aber es fehlt vielfach an Akzeptanz. Traditionell werden Führungspositionen bislang mit Vollzeitarbeit und ständiger Erreichbarkeit verbunden. Das muss sich ändern."
(04/36/14)

Konkurrierende Gewerkschaften sollten Normalität sein

(dbb) Der dbb hat seine Ablehnung einer gesetzlichen Regelung von Tarifeinheit - nach dem Grundsatz ein Betrieb, eine Gewerkschaft - bekräftigt. Mit Blick auf die aktuelle Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Bahn sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" (Ausgabe vom 21. September 2014): „Bei der Bahn gibt es zwei konkurrierende Gewerkschaften, das sollte in einer pluralistischen Gesellschaft eigentlich normal sein." Ein Gesetz zur Tarifeinheit könnte ein Unterordnungsverhältnis der kleineren zu großen Gewerkschaften erzwingen. Bereits früher hatte Dauderstädt angekündigt, ein Tarifeinheit-Gesetz notfalls vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen.

In der F.A.S. äußerte sich auch der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky zu dem Konflikt.

Dass mit einer gesetzlichen Regelung „der Tarifpluralismus in geordnete Bahnen gelenkt" werden solle (wie es im Koalitionsvertrag heißt), bezeichnete Weselsky als „Lobbyismus in Reinkultur". Das Streikrecht solle zu Ungunsten von kleineren Gewerkschaften wie der GDL geändert werden. „Deshalb werden wir auch gezielt von der Deutschen Bahn im Sommer 2014 in einen Tarifkonflikt geführt, damit die sich selbst erfüllende Prophezeiung von den übermäßig streikenden Berufsgewerkschaften herbeigeredet werden kann", zeigte sich Weselsky überzeugt. An die Adresse von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gerichtet, fügte Weselsky hinzu, wer nun „scheinheilig den Untergang des Abendlandes herbeiredet, um Arbeitnehmern das Streikrecht zu entziehen, der sollte sich schämen".
(05/36/14)

Weg frei für Überleitung in kommunalen Nahverkehr – dbb dankt Beschäftigten und lobt Beispielwirkung

(dbb) Einer Überleitung der Beschäftigten der ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (ehemals WiBus) in den Tarifvertrag für die kommunalen Nahverkehrsbetriebe Hessen steht nichts mehr im Wege. Nachdem der dbb bereits in der Vorwoche seine Zustimmung erklärte, hat nun auch der Aufsichtsrat von ESWE Verkehr am 16. September 2014 dem vom dbb und seiner Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) und der Geschäftsführung von ESWE Verkehr ausgehandelten Tarifvertrag zugestimmt.

Damit werden alle Beschäftigten der ESWE Fahrbetrieb GmbH (ehemals WiBus) zum 1. Januar 2015 in den Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) Hessen übergeleitet, wodurch alle bisherigen Tarifbestimmungen abgelöst werden. Darüber hinaus hatte der dbb Verbesserungen bei den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sowie den Zukunftsperspektiven der Beschäftigten erreicht.

„Eine mehr als dreijährige, schwierige Tarifauseinandersetzung findet so ein gutes Ende", sagte der dbb Verhandlungsführer Thomas Gelling am 19. September 2014 auf einer NahVG-Mitgliederversammlung in Wiesbaden. Gelling sprach von einem „ordentlichen Plus", das für die Beschäftigten erreicht worden sei. Er dankte vor allem den Kolleginnen und Kollegen im Fahrdienst, die mit ihren Arbeitskampfmaßnahmen „ordentlich Druck gemacht und zu keinem Zeitpunkt klein beigegeben" hätten. Das Wiesbadener Beispiel, so Gelling weiter, könne zudem „Vorbild für andere Unternehmen sein, in die kommunale Tariflandschaft zurückzukehren".

dbb und ESWE Verkehr hatten sich unter Beteiligung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hessen am 21. August 2014 auf einen Überleitungstarifvertrag für die Beschäftigten der ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (ehemals WiBus) in den Tarifvertrag für die kommunalen Nahverkehrsbetriebe Hessen geeinigt. Der Einigung waren schwierige Tarifverhandlungen vorausgegangen, die mehrfach unterbrochen und von zahlreichen Arbeitskampfmaßnahmen im März, April und Mai 2014 begleitet worden waren.
(06/36/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen-Anhalt: Beamtenprotest gegen Kürzungspläne

(dbb) Unter dem Motto „Beamte, Polizei und Feuerwehr – Schnauze voll und Tasche leer" haben am 18. September 2014 rund 200 Beamtinnen und Beamte des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen gegen die Kürzungspläne der Landesregierung demonstriert. Der Protest richtete sich unter anderem gegen eine geplante Erhöhung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre und der besonderen Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre.

Die Teilnehmer übergaben einen gemeinsamen Flyer von dbb und DGB, in dem sie ihren Unmut über die „Ideen" der Landesregierung ausdrücken, an die Landtagsabgeordneten. Für den dbb sachsen-anhalt sprach der stellvertretende Landesvorsitzende Ulrich Stock. „Die Beamtinnen und Beamten des Landes Sachsen-Anhalt sind schon bei der Besoldung abgehängt worden, Platz 11 im Besoldungsranking ist nichts, worauf die Landesregierung stolz sein kann, sondern beschämend. In anderen Ländern unserer Bundesrepublik wird für die gleiche Arbeit rund 200 Euro monatlich mehr gezahlt. In Magdeburg wird ein Feuer mit dem gleichen Einsatz von Leib und Leben gelöscht, wie in München - nur dass der Feuerwehrmann in Magdeburg seinem Dienstherrn nicht so viel Geld wert ist", sagte Stock.

Der dbb sachsen-anhalt trete für flexiblere Altersgrenzen ein. „Grundsätzlich soll es bei den bisherigen Altersgrenzen bleiben, es sei denn, der Beamte fühlt sich fit und will länger arbeiten. Viele Kolleginnen und Kollegen würden dann mit ihrem Wissen und Können länger

zur Verfügung stehen. Bisherige Anträge auf Weiterbeschäftigung werden von der Landesregierung abgelehnt. Damit beweist sie einmal mehr, dass es nur ums Sparen geht und nicht um sinnvollen Personaleinsatz", so Stock.
(07/36/14)

Personalmangel und EDV-Umstellungen verursachen lange Bearbeitungszeiten

(dbb) Dass in diesem Jahr viele Finanzämter so lange wie nie zuvor zur Bearbeitung der Steuererklärungen brauchen, führt der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb vize Thomas Eigenthaler auf einen „unseligen Mix aus Personalmangel, Rechtsänderungen und EDV-Umstellungen" zurück. „Die Leute müssen bereits im Schnitt bis zu drei Monate warten, doppelt so lange wie noch vor zwei, drei Jahren üblich", zitiert die „Süddeutsche Zeitung" (Ausgabe vom 19. September 2014) den DSTG-Chef.

Ein großer Schwung der Akten sein diesmal mindestens zehn Wochen lang in den Ämtern liegen geblieben, „weil es an der EDV hakte", so Eigenthaler. Zudem seien die meisten Ämter unterbesetzt. „Es gibt momentan bis zu 20 Prozent zu wenig Steuerbeamte, den Krankenstand noch gar nicht berücksichtigt." Eigenthaler hält es für unwahrscheinlich, dass die rekordverdächtigen Wartezeiten auf die Steuerrückzahlung in diesem Jahr einmalige Ausrutscher bleiben. „Es wird noch etwa zehn Jahre dauern, bis alle Finanzämter auf das bundeseinheitliche zentrale EDV-Programm umgestellt sind." Bis vor rund drei Jahren habe noch jedes Bundesland mit eigenen Software-Programmen gearbeitet; diese Insellösungen werden jetzt abgeschafft und ersetzt. „Seither liegen die Steuererklärungen viel, viel länger", so Eigenthaler.
(08/36/14)

FWSV wählt Egon Höfling zum neuen Bundesvorsitzenden

(dbb) Der Bundesvertretertag des FWSV e. V. (Fachverband Wasser- und Schifffahrtsverwaltung) hat am 22. September 2014 auf seiner außerordentlichen Sitzung in Hannover Egon Höfling zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er löst Torsten Müller ab, der fast zwölf Jahre lang den FWSV geleitet hatte.

Müller hatte auf dem ordentlichen Bundesvertretertag im August dieses Jahres angekündigt, aus persönlichen Gründen spätestens zum Ende des Jahres den FWSV-Vorsitz an einen Nachfolger übergeben zu wollen. Mit ihm hatten auch Justitiar Ralf Weßeling und Bundesgeschäftsführer Heiko Engelbrecht den Rückzug aus ihren Ämtern erklärt. Auch der Bevollmächtigte für Tarifangelegenheiten Frank Dirks möchte zum Jahresende 2014 von seinen Aufgaben entbunden werden, wie er vor dem Bundesvertretertag am 22. September erklärte.

Egon Höfling, Bezirksvorsitzender des Bezirks Süd, nimmt sein neues Amt ab sofort wahr. Zum Justiziar gewählt wurde Andreas Gutberlet aus dem Bezirk Süd, die Wahl eines neuen Bundesgeschäftsführers wurde auf das nächste Jahr verschoben. Der neue Bundesvorsitzende dankte in seiner Antrittsrede den scheidenden Mitgliedern des Bundesvorstandes und insbesondere seinem Amtsvorgänger für die jahrelange sehr gute Arbeit zum Wohle aller Kolleginnen und Kollegen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. BMVI. Durch den Weggang Torsten Müllers verliere der FWSV einen gleichermaßen couragierten wie engagierten Vorsitzenden, der sein Amt „mit Leidenschaft und Herzblut" ausgeübt habe.
(09/36/14)

Bildung muss aus Freihandelsabkommen raus

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat begrüßt, dass das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP im Bundestag auf der Tagesordnung steht. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann sagte am 25. September 2014: „Die parlamentarische Kontrolle des gesamten Verhandlungsprozesses ist absolut dringlich." Es sei höchste Zeit, das Verhandlungsmandat für TTIP endlich offenzulegen und die Geheimniskrämerei um die Verhandlungen zu beenden.

Beckmann weiter: „Der VBE spricht sich nachdrücklich für den generellen Ausschluss des Bildungsbereichs aus TTIP aus. Regeln für den kommerziellen Handel können die Möglichkeiten der Regierungen und zuständigen Behörden einschränken, öffentliche Bildung in hoher Qualität bereitzustellen. Ich warne vor der Gefahr einer weiteren Privatisierung von Bildungsangeboten." Das Thema dürfe nicht ba-gatellisiert werden, so Beckmann. „Die Aufnahme von privat finanzierten Bildungsdienstleistungen in TTIP senkt die Barrieren für eine Privatisierung jetzt noch öffentlicher Angebote. Die Schuldenbremse könnte eine solche Entwicklung gewollt oder ungewollt verstärkt in Gang setzen."
(10/36/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 18. September 2014 entschieden, dass Behörden bei der Vergabe öffentlicher Aufträge von deutschen Bietern nicht verlangen können, dass auch deren Subunternehmer im EU-Ausland Mindestlöhne nach deutschem Recht zahlen müssen. Der EuGH erklärte, eine solche Vorgabe schränke die Dienstleistungsfreiheit ein. Der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** nannte die Entscheidung nachvollziehbar, verwies aber in diesem Zusammenhang im „Handelsblatt" (Ausgabe vom 19. September 2014) zugleich darauf, dass es richtig und wichtig sei, dass Tariftreue in Deutschland lückenlos geregelt ist. „Und wir erwarten, dass sich auch die öffentlichen Hände hierzulande daran halten", sagte der dbb Chef.

Das Bundesverfassungsgericht wird bald entscheiden, ob die Grundsteuer, die den Kommunen zusteht und 2013 rund 12,5 Milliarden Euro einbrachte, gegen das Grundgesetz verstößt und reformiert werden muss. Wie der Bonner „General-Anzeiger" (Ausgabe vom 19. September 2014) berichtet, setze sich bei den Ländern zunehmend die Einsicht durch, dass eine Neuermittlung der Bemessungsgrundlage bei bundesweit 35 Millionen Immobilien nicht zu leisten wäre. Das sehe auch **Thomas Eigenthaler**, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize so. Die Zeitung zitiert aus der Stellungnahme der DSTG zur Verfassungsbeschwerde: „Wir halten dies angesichts einer immer weiter abnehmenden Personalkörpers nicht für machbar."

Seit dem 22. September 2014 verhandeln dbb und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Ausgestaltung einer zukünftigen Entgeltordnung für Lehrkräfte, die im Rahmen der Einkommensrunde 2015 fertiggestellt werden soll. Zuvor waren seit Februar die „handwerkliche Basis" gelegt und die aktuelle Situation in den 15 Mitgliedsländern der TdL analysiert worden. , wird seit dem 22. September 2014 über die Ausgestaltung einer zukünftigen. Für den dbb machte Verhandlungsführer **Jens Weichelt** deutlich: „Mit der Entgeltordnung müssen wir einen Beitrag leisten, um qualifizierten Berufsnachwuchs zu gewinnen und die Arbeitsbedingungen der tarifbeschäftigten Lehrkräfte in allen Bundesländern auszugestalten. Wir brauchen verlässliche Standards bei der Eingruppierung von Lehrkräften in Gehaltsgruppen. Und wir brauchen sie bundeweit, um dem Trend einer unterschiedlichen Bezahlung der Lehrkräfte von Bundesland zu Bundesland entgegenzuwirken." Die nächste Verhandlungsrunde findet Anfang Oktober in Berlin statt.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat sich enttäuscht gezeigt, dass auf dem Deutschen Juristentag in Hannover die übliche Abstimmung über Reformvorschläge von der Tagesordnung gestrichen wurde – mit der Begründung, die in Kürze zu erwartenden Gesetzesentscheidungen der Bundesregierung

sollten „nicht gestört" werden. „Für Lokomotivführer und Zugbegleiter bedeutet das eine herbe Enttäuschung", stellte der GDL-Vorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky** am 19. September 2014 fest. „Sie hatten gehofft, dass die Rechtswissenschaftler die Tarifautonomie wirklich stärken und dem Treiben der Lobbyisten eine klare Ansage erteilen. Stattdessen müssen sie zur Kenntnis nehmen, dass die gleichen Lobbyisten, die die Tarifeinheit herbei beten, eine Entscheidung verhindern." Der Arbeitgeberverband BDA hatte mit Unterstützung des DGB eine Streichung der Abstimmung auf dem Juristentag durchgesetzt.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, hat begrüßt, dass eine Firma in den USA ein Gerät entwickelt, das Autofahrer beim Gebrauch des Handys am Steuer entlarvt. „Wer am Steuer telefoniert, ist im Blindflug", zitiert „Spiegel Online" am 23. September 2014 den DPolG-Chef. Jeder könne in der Stadt beobachten, wie ungeniert Autofahrer am Steuer telefonieren. „Leider taucht das in der Unfallstatistik nicht auf. Da heißt es dann, der Fahrer war unachtsam, aber nicht, dass er in Wahrheit telefoniert oder eine SMS geschrieben hat", so Wendt. Deshalb begrüße er die Erfindung aus Amerika. Bei schweren Unfällen könne die Polizei schon heute das Handy beschlagnahmen. „Im Zweifelsfall riskiert der Fahrer nicht nur eine höhere Strafe, sondern auch seinen Versicherungsschutz", mahnte Wendt.

Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), sieht im Zusammenhang mit den Veränderungen am Gymnasium in Bayern „eine ganz schwierige Kiste" auf sich zukommen. In der „Deggendorfer Zeitung" (Ausgabe vom 24. September 2014) bezeichnete Meidinger die bei der CSU auf große Zustimmung gestoßene Gymnasialreform zwar als „Fortschritt", warnte jedoch vor einem organisatorischen Chaos. Vorgesehen ist, grundsätzlich beim achtjährigen Gymnasium zu bleiben, die Schulen sollen aber den Jugendlichen G9-Züge ermöglichen. Er könne sich die Umsetzung noch in keiner Weise vorstellen, so Meidinger: „Mir graut als Schulleiter davor", sagte er. Er gehe davon aus, dass bei dem geplanten Parallelbetrieb von G8 und G9 nicht alle Fächerzweige in beiden Zügen angeboten werden können.

Vor Beginn des Münchner Oktoberfestes, zu dem vom 20. September bis 5. Oktober 2014 über sechs Millionen Besucher erwartet werden, hat der **VRB** (Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst) darauf hingewiesen, dass das größte Volksfest der Welt auch „ein Wegweiser neuer Technologien und somit ein ‚Fest der Patente'" sei. „Spitzenreiter sind die Bierzapfhähne mit 1.813 Patenten. 285 Patente bestehen für Hähnchen-Grills, 130 Patente für Achterbahnen und 43 für Riesenräder. Das Patent schützt neue technische Erfindungen. Es verleiht seinem Inhaber das räumlich begrenzte und zeitlich befristete Privileg, die patentierte Erfindung allein zu nutzen und anderen die nicht autorisierte gewerbliche Nutzung zu verbieten", erklärte der VRB am 19. September. Das Bundespatentgericht ist für Verfahren auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes zuständig. Auch an diesem Gericht gebe es Rechtspflegeraufgaben. Insbesondere seien Rechtspflegerinnen und –pfleger in die Zulässigkeitsprüfung bei Einlegung der Beschwerde in Patent- und Markensachen sowie bei Klagen auf Erklärung der Nichtigkeit eingebunden, so der VRB.

In einer Übersicht zum Strafvollzug in Deutschland hat die Deutsche Nachrichtenagentur dpa am 21. September 2014 nochmals auf die Kritik des **BSBD** an den Bedingungen in vielen Justizvollzugsanstalten hingewiesen. „Grundsätzlich ist Einzelunterbringung vorgesehen. Eine gemeinsame Unterbringung ist allerdings mit Zustimmung der Gefangenen möglich. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands beklagt, dass die Zellen trotz rückläufiger Gefangenzahlen häufig mehrfach belegt sind. Die Gewerkschaft errechnete, dass Thüringen 2013 mit mehr als 53 Prozent der Inhaftierten in Gemeinschaftshaft an der Spitze der Statistik lag, gefolgt von Baden-Württemberg (42) und Bayern (41)", so dpa.
(11/36/14)